

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Vier Jahre nach dem Bürgerschaftsbeschluss: Gründung des IQHB endlich zu einem erfolgreichen Abschluss bringen!

Als eine Reaktion auf das anhaltend schlechte Abschneiden Bremer Schülerinnen und Schüler bei verschiedenen schulischen Ländervergleichsuntersuchungen, beschloss die Bremische Bürgerschaft Ende 2017 die Gründung eines Bremer Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich, nach Hamburger Vorbild. Vier Jahre nach diesem Beschluss ist dieses Institut immer noch nicht gegründet. Mit der Beantwortung der Großen Anfrage unter dem Titel „*Das zukünftige Institut für Qualitätsentwicklung im Land Bremen (IQHB) – leistungsfähig und unabhängig?*“ (Drs. 20/1151) offenbart der Senat abermals eklatante Mängel und unverantwortliche Verzögerungen bei der Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Gründung des sogenannten IQHB.

Anhand der Antworten drängt sich der Eindruck auf, als herrsche weder unter den verantwortlichen Akteuren innerhalb des zuständigen Ressorts der Senatorin für Kinder und Bildung noch innerhalb des Bremer Senats die notwendige Einigkeit in Bezug auf die Ausgestaltung des IQHB, etwa was den Aufgabenzuschnitt, die hiermit verbundenen Kompetenzen, innerbehördliche Interdependenzen und Weisungsbefugnisse anbelangt sowie einen hieraus erwachsenden Gründungsfahrplan. Im Ergebnis ist der, gegenüber unseren Kindern, verantwortungslose Stillstand dieses zukunftsgewandten bildungspolitischen Vorzeigeprojekts zu konstatieren, welches ursprünglich bereits Ende 2017, mit großen Erwartungen und unter fraktionsübergreifender Unterstützung, ins Leben gerufen wurde. Es bedarf daher eines unmissverständlichen starken Impulses durch die Bremische Bürgerschaft, um die Gründungsanstrengungen des Senats wieder mit der gebotenen Zielstrebigkeit zu versehen und diesen unter öffentlicher Anteilnahme neuen Schwung zu verleihen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihren bereits im November 2017 gefassten Beschluss zur Gründung eines unabhängigen Instituts für Qualitätsentwicklung in Bremen – des sogenannten IQHB. Sie fühlt sich nach wie vor dem Ziel verpflichtet, die

Leistungsfähigkeit des Bremer Schulsystems nachhaltig zu verbessern und hiermit u. a. den negativen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzulösen. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt auf diesem Weg in besagtem IQHB einen zentralen Baustein.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) missbilligt vor diesem Hintergrund den Umstand, dass ihr einstimmig beschlossener, nunmehr über vier Jahre zurückliegender, Gründungsauftrag für besagtes schulisches Qualitätsinstitut vom Bremer Senat noch immer nicht abschließend umgesetzt wurde.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, dem eigentlichen Ausgründungsprozess des sogenannten IQHB sowie allen hiermit in Verbindung stehenden verwaltungsinternen Umsetzungsprozessen unverzüglich höchste Priorität zukommen zu lassen, sodass besagtes Institut, unabhängig und leistungsfähig, schnellstmöglich seine Arbeit zum Wohle des Bremer Schul- und Bildungswesens aufnehmen kann. Der Senatorin für Kinder und Bildung ist hierfür etwaige zusätzlich benötigte interne wie externe Unterstützung sowie damit in Zusammenhang stehende benötigte Resource zukommen zulassen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat zudem auf, ihr spätestens drei Monate nach Beschluss über vorliegenden Antrag einen detaillierten Bericht zu übermitteln der u. a. Auskunft gibt über
 - a. den aktuellen Sachstand des IQHB-Ausgründungsprozesses;
 - b. etwaige nach wie vor bestehende Umsetzungshemmnisse, etwa rechtlicher oder administrativer Natur;
 - c. daran ansetzende Lösungsstrategien sowie die hiermit betrauten handelnden Akteure;
 - d. ein Zeitmaßnahmen-Katalog, an dessen Ende der finale Abschluss des in Rede stehende Ausgründungsprozess steht.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat abschließend auf, die staatliche Deputation für Kinder und Bildung eng bei der Ausgestaltung sowie den anschließenden Fortgang der Besetzung der IQHB-Direktorenstelle einzubinden und kontinuierlich über den Fortgang sowie die gezeitigten Ergebnisse des Verfahrens zu berichten.

Yvonne Averwenser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU